

AfD-Delegation verteidigt Krim-Reise



Der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Roger Beckamp hat nach der Rückkehr einer neunköpfigen AfD-Delegation von der Halbinsel Krim (PI-NEWS berichtete) gegenüber RT-Deutsch ein sehr positives Fazit der Reise gezogen. Es habe in- und außerhalb der AfD viel Zuspruch für das Unterfangen gegeben und man habe sich vor Ort einen guten Überblick über die Situation verschaffen können. Den wenigen kritischen Stimmen innerhalb der AfD entgegnet Beckamp, dass man sich doch am besten aus erster Hand ein eigenes Bild machen sollte: „Kommt und seht selber“.

Den Eindrücken seiner Reisegesellschaft nach seien die meisten Bewohner der Krim heute jedenfalls gerne Teil Russlands. Man habe darüber mit vielen, auch zufällig getroffenen Menschen sprechen können. Auch die Volksabstimmung über die Wiederangliederung an Russland wäre ja eindeutig ausgefallen.

In einem Interview mit Sputnik Deutschland betonte Beckamp deshalb noch einmal, dass die Krim nach Einschätzung der Reiseteilnehmer kein besetztes Land sei: „Es ist nicht so, dass die Menschen mit Angst umherlaufen und in einem Polizeistaat leben. Unser grundlegender Eindruck war, dass ganz viele Leute sehr froh sind, diese Wahl gehabt zu haben – und das ist ja das Besondere, dass sie selbst darüber abstimmen konnten und dass das so ausgegangen ist für Russland.“

Die noch bestehenden Sanktionen der EU gegen Russland würden aber vor allem die normale Bevölkerung der Krim treffen, nicht die Regierenden. Man habe mit dieser Reise deshalb nur die offizielle AfD-Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gegen Russland mit Leben gefüllt.

Den ukrainischen Botschafter in Deutschland attestierte der AfD-Politiker dagegen ein doppelzüngiges Vorgehen: Während Botschafter Andrij Melnyk nach einem Treffen mit der nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsfraktion in einer ersten Reaktion noch von einem „nützlichen Gespräch“ schrieb und eine Einladung in die Ukraine aussprach, erklärte er wenig später auf ukrainisch über Twitter, der AfD eine „kalte Dusche verpasst“ und den „Kopf zurecht gerückt“ zu haben.

Auch die Drohung mit bis zu acht Jahren Haft für die Reiseteilnehmer sei vor allem für die ukrainischen Interessen kontraproduktiv: „Mit diesem völlig Unverhältnismäßigen und dieser Drastik schneiden sie sich ins eigene Fleisch. Wir haben nichts gegen die Ukraine oder die Ukrainer, aber wer so verbal auf die Pauke haut, der soll sich nicht wundern, wenn Gespräche schwierig werden.“

Für die Zukunft hoffe man jedenfalls auch mit deutscher Hilfe auf eine baldige Normalisierung in der Krim-Frage. Zu diesem Zweck wären weitere Besuche durch deutsche Politiker, Touristen oder Wirtschaftsvertreter – wie z.B. anlässlich des im April bevorstehenden internationalen Wirtschaftsforums in Jalta – sinnvoll.